

ARGUMENTE

ZUKUNFTSHAUSHALTE FÜR MEHR GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Dafür stehen die Freien Demokraten in Mannheim:

Eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik dient der Freiheit heutiger wie kommender Generationen, indem sie Staatsausgaben begrenzt und konsequent an ihrer Zukunftswirkung ausrichtet. Wir wollen, dass jeder Euro Steuergeld Deutschland stärker macht und nicht nur den nächsten Haushalt schöner aussehen lässt. Daher braucht Haushaltspolitik außerdem verbindliche und überprüfbare Regeln, die Zukunftsausgaben transparent machen und die Verschuldung generationengerecht begrenzen.

- ▶ Generationengerechte Zukunftsquote für Staatsausgaben
- ▶ Zusätzliche Zukunftsausgaben als Obergrenze für Neuverschuldung
- ▶ Konsequente Einführung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene

WIE STÄRKEN WIR DIE ZUKUNFTSORIENTIERUNG DER STAATSAUSGABEN?

Der staatliche Investitionsbegriff verengt den Zukunftsblick auf Sachkapital. Dabei bestimmen **technisches Wissen** sowie **Human-** und **Naturkapital** ebenfalls Wirtschaftswachstum und Lebensqualität.

Bildung trägt maßgeblich zur individuellen Leistungsfähigkeit im Berufsleben und zur selbstbestimmten gesellschaftlichen Teilhabe bei. Forschung und Entwicklung erzeugen technisches Wissen. Umwelt- und Klimapolitik sind wesentlich zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. — Aber die Staatsausgaben hierfür werden nicht systematisch hinsichtlich ihrer tatsächlichen Zukunftsrelevanz bewertet. Unser Ziel ist es daher, alle Staatsausgaben mit Zukunftswirkungen klar zu kennzeichnen.

Deshalb fordern wir eine **generationengerechte Zukunftsquote** für Staatsausgaben. Die am Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim entwickelte Zukunftsquote für den Bundeshaushalt ist hierfür eine fundierte Diskussionsgrundlage.

WIE ERHÖHEN WIR DIE GENERATIONENGERECHTIGKEIT DER STAATSAUSGABEN?

Studien des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo) sowie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) zeigen:

Die Bundesregierung häuft wesentlich mehr neue Schulden an als sie für Zukunftsthemen investiert. Sie umgeht die Schuldenbremse,

indem sie Investitionen in Nebenhaushalte und sogenannte Sondervermögen verlagert. Damit verschiebt die Bundesregierung Lasten in die Zukunft zum Nachteil nachfolgender Generationen. Wir sind für **neue Verschuldungsregeln**, die Generationengerechtigkeit gewährleisten. Sie sollen wirtschaftlich sinnvolle staatliche Kreditaufnahme ermöglichen und zugleich verlässlich begrenzen. Wir greifen den ZEW-Vorschlag auf: **Neuverschuldung soll auf jene Zukunftsausgaben begrenzt werden**, die über dem Zehnjahresdurchschnitt liegen. Um **Budgettricks** zu vermeiden, sollen die Deutsche Bundesbank, der Bundesrechnungshof und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Zusätzlichkeit der Zukunftsausgaben gemeinsam kontrollieren.

GENERATIONENGERECHTIGKEIT AUF ALLEN STAATSEBENEN

Wir fordern, die **gesamte** staatliche Neuverschuldung an den Zukunftsausgaben auszurichten und entsprechend zu begrenzen — im Bundes-, in den Landes- und in den kommunalen Haushalten.

Kontakt zum Thema „Zukunftshaushalt“:
Diplom-Volkswirt **Oliver Makowsky-Stoll**
oliver.makowsky@fdp-mannheim.de